Nr. 169 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,10 Zł. Donnerstag, den 5. Oktober 1933

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Abonnament: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Standrecht in Oesterreich?

Ein Revolveranschlag auf Dollfuss. Der Attentäter festgenommen.

Die gespannte politische Lage in Oesterreich fand am Dienstag nachmittags in einem Revolveranschlag auf den Bundeskanzler Dollfuss ihren sichtbaren Ausdruck. Als Dollfuss das Klubzimmer der Christlich-Sozialen im Parlament verliess, feuerte ein junger Mann zwei Schüsse ab, von denen der eine den Bundeskanzler leicht am Arm verletzte und ein zweiter die Brust unbedeutend streifte. Der Attentäter wurde sofort festgenommen, es handelt sich um den 28jährigen Gefreiten Rudolf Dertil, der wegen nationalsozialistischer Umtriebe aus dem Bundesheer entfernt worden ist. Bei seiner Vernehmung gibt der Attentäter an, keiner politischen Partei anzugehören und die Tat verübt zu haben, weil er einen anderen Mann als Dollfuss an der Spitze der Regierung, sehen wolle. Durch das Attentat habe er die politische Aufmerksamkeit auf die andere Persönlichkeit lenken wollen. Die Blätter stellen in Extraausgaben übereinstimmend fest, dass es sich hier um einen nationalsozialistischen Anschlag handelt.

Bundeskanzler Dollfuss führt die Regierungsgeschäfte von seiner Wohnung aus weiter, hat auch im Radio eine Ansprache gehalten, in der er versichert, dass er unbeirrt den heutigen Kurs fortsetzen werde. Der Ministerrat trat noch am Nachmittag zusammen, um entsprechende Sicherheitsmassnahmen zu treffen, wobei die Verhängung des Ausnahmezustandes über ganz Oesterreich geplant ist. Am Abend fand noch eine grosse Kundgebung am Ballhausplatz zu Ehren Dollfuss statt, in welcher das verruchte Attentat auf das schärfste verurteilt wurde.

——o——

Durch Gleichschaltung zum Zerfall

Flucht aus der DNSAP in der Tschechoslowakei. - Niederlegung der Mandate.

Unter auswärtigem Einfluss sollten die deutschbürgerlichen Parteien in der Tschechoslowakei zu einem „Deutschen Volksrat" vereinigt werden. Inzwischen sind eine Reihe von Ereignissen eingetreten, die offen den Beweis liefern, dass die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei unter reichsdeutschem Einfluss steht und bürgerliche deutsche Blätter Direktiven ihrer Politik von ausserhalb erhalten. Im Zusammenhang mit dem Brünner Volkssportprozess wird auch das Verbot der DNSAP erwogen, nachdem einige Angeklagte nach Deutschland geflohen sind. Die Abgeordneten Kaspar, Simm und Köhler, die die Gleichschaltung zum Volksrat durchführen sollten, haben ihren Austritt aus der DNSAP erklärt und sind bereit, auch ihre Abgeordnetenmandate niederzulegen. Die Ortsgruppe Auschowitz hat die Selbstauflösung beschlossen und ihren Mitgliedern die Niederlegung ihrer Mandate zu den Kommunalkörperschaften empfohlen, nachdem die DNSAP unter dem Druck der Ereignisse wachsender Verfolgung durch die Behörden ausgesetzt ist. Der Versuch einer Gleichschaltung der deutschbürgerlichen Parteien, unter Führung des Nationalsozialismus, hat zum Zerfall der Bewegung geführt.

Diktator Gömbös!

Aus Budapest wird berichtet, dass Ministerpräsident Gömbös dem Kabinett über seine nächsten Aufgaben einen umfassenden Bericht erstattete, wobei er darauf hinwiess, dass das Parlament nur für kurze Zeit zusammentreten werde, um dann auf unbestimmte Zeit vertagt zu werden, da jetzt keine Zeit zu langen Debatten vorhanden sei. Die Regierungsmitglieder begeben sich auf Reisen, darunter will Gömbös selbst nach einem Jagdausflug nach Oesterreich einen Abstecher nach Berlin machen, um Papens Besuch zu erwidern und will sich dann schliesslich nach Rom und Angora und später nach Sofia begeben. Als Vorboten der kommenden Regierunngsarbeit will Gömbös für die Selbstverwaltung Budapest einen Regierungskommissar einsetzen. In politischen Kreisen schreibt man diesen überraschenden Plänen festere Diktaturabsichten zu, um die Macht aus der Hand des Reichsverwesers Horthy in die Hand Gömbös überzuleiten.

Ueber 24 Millionen Defizit im Staatshaushalt im August

Da die Einkünfte des polnischen Staatshaushalts im August d. Js. 144 926 000 Złoty, die Ausgaben dagegen 169 889 000 Złoty betrugen, ist ein Budgetfehlbetrag von 24 963 000 Złoty zu verzeichnen.

Das Kabinett Lerroux demissioniert

Bei der Aussprache über die Regierungserklärung des Kabinetts Lerroux forderten die Sozialisten den Rücktritt, da keine Mehrheit für die reaktionären Pläne Lerroux in der Cortes vorhanden sei. Daraufhin hat das Kabinett dem Staatspräsidenten die Demission überreicht. Man rechnet mit der Auflösung der Nationalversammlung und Ausschreibung von Neuwahlen.

Forttreiben der Revolution" in Kuba

In der Stadt Havanna kam es zwischen Regierungstruppen und den abgesetzten Offizieren, die sich in einem Hotel verschanzt haben, zu Kämpfen, in deren Verlauf die revolutionären Truppen das Haus mit Artillerie angriffen und zerstörten. In den Strassen liegen Leichen umher, der neue Staatspräsident St. Martin soll gefangen worden sein. Mehrere amerikanische Bürger sind dem Bürgerkrieg zum Opfer gefallen. Wie es heisst, sollen sich Kommunisten der Führung im Bürgerkrieg bemächtigt haben. Inzwischen haben sich die Offiziere den revolutionären Truppen ergeben, das Hotel „National" soll nur noch ein Trümmerhaufen sein. Seitens des amerikanischen Botschafters soll an die Revolutionstruppen eine Warnung ergangen sein, man befürchtet die Landung amerikanischer Truppen, die in der Hauptstadt Kubas Ruhe u. Ordnung wieder herstellen sollen.

Severing doch schwer misshandelt?

Die Korrespondenz „Impress" will über Hannover wissen, dass Severing, der frühere sozialdemokratische preussische Innenminister, sich in Osnabrück befindet. Die, vor einiger Zeit veröffentlichten und dementierten, Berichte, dass er von Nazis so schwer misshandelt wurde, dass er den Verstand verlor, werden neuerdings in der bestimmtesten Form wiederholt.

Saar und Sozialdemokratie

Der Führer der Sozialdemokratie im Saargebiet Max Braun und der Landesratsabgeordnete Lieser sind nach Genf gereist, um dort die deutsch-freiheitliche Auffassung in der Saarfrage zu vertreten.

„Selbstmord"

Die „Wiener Arbeiter-Zzitung" schreibt:

Der ehemalige Nationalsozialist Werner Abel, der im Jahre 1930 vor einem Münchener Gericht beschwor, dass Hitler von dem italienischen Hauptmann Migliorati für die Preisgabe Südtirols grosse Geldsummen erhalten habe, soll im Zuchthaus sich eine Kugel in den Kopf geschossen haben.

Woher hat Abel sich den Revolver beschaffen können?

Der Sieg der Parteieinheit

Entspannung in der französischen Sozialdemokratie

von Alexander Schifrin

Man kann heute annehmen, dass der französische Parteistreit in der Sozialistischen Partei seinen Höhepunkt bereits überschritten hat, dass seit etwa Mitte September eine Entspannung eingetreten ist. Die Französische Sozialistische Partei hat während des heftigen Streites der Meinungen und Richtungen, der zwischen Juli und September ausbrach, das innere Gleichgewicht nicht verloren. Als Anfang September nach der Deklaration der Rechten in Angouleme der Parteikonflikt auf die Spitze getrieben wurde, hat der Druck der öffentlichen Meinung der Partei eingesetzt und die Gefahr der Spaltung gebannt. Die Stimmung des gesamten Parteikörpers äusserte sich einheitlich und spontan: unter keinen Umständen ein Spiel mit der Einheit der Partei! So hat der Parteistreit aufgehört, ein Richtungsstreit zu sein. Marquet, Dèat und Renaudel, die die Kursänderung der Partei forderten und zunächst als Wortführer der gesamten Rechten der Partei auftraten, haben in dem Augenblick das politische Mandat auf die Vertretung der rechten Minderheit verloren, als ihre oppositionelle Kampagne die Einheit der Partei zu bedrohen begann. Der Streit um die Methode der Rechtsopposition führte zur Spaltung innerhalb der Rechten. Marquet, Deat und Renaudel vertraten nunmehr nur noch eine Gruppe der Rechten. Als die Einheit der Partei auf das Spiel gesetzt wurde, haben sie auch die Mehrheit der parlamentarischen Fraktion, die zunächst hinter ihnen stand, verloren. Im Frühjahr war noch eine starke Mehrheit der Fraktion auf ihrer Seite, etwa 80 von 130 Abgeordneten. Im Juli-August sank diese Zahl auf 60, und als im September bei der weiteren Verschärfung des Konflikts die Rebellen von Angouleme ihre Gefolgschaft in der Fraktion mustern wollten, die unter allen Umständen ihnen treu bleiben wird, haben sich diesmal nicht mehr als 25 Abgeordnete angemeldet.

Nachdem die frühere Gefolgschaft so rasch geschmolzen war, nachdem die ehemaligen Gesinnungsgenossen sich von der Gruppe Marquet-Renaudel ostentativ trennten, und der Widerstandswille der gesamten Partei gegen jeden Spaltungsversuch sichtbar wurde, blieb dieser Gruppe kein anderer Weg, als der des Rückzugs übrig.

In den letzten Wochen haben Marquet und seine Gruppe ihre grundsätzliche Opposition, ihr Verlangen nach einer neuen Doktrin nicht mehr so energisch verfochten. Der Ton hat sich wesentlich geändert. Vor allem aber: sie versuchten sich nunmehr auf eine Art zu verteidigen, die zu einer Entspannung des Parteikonflikts führen musste. Sie wandten sich an die Internationale, mit einem an Vandervelde und Adler gerichteten Brief. In diesem Brief wiesen Marquet, Deat und Renaudel auf die Gefahren des französischen Parteikonfliktes hin, protestierten gegen das von dem Parteiausschuss (Conceil National) eingeleitete Verfahren und betonten ihre Treue gegenüber der Internationale: wir gehören innerlich zur Internationale und fühlen uns in Uebereinstimmung mit ihr". Nun, dieser Schritt war sicher nicht ganz konsequent, aber er hat doch erleichternd und entspannend gewirkt. Er war sicher nicht konsequent: denn die Vertreter der Rechtsopposition haben ihren „nationalen" Standpunkt beharrlich betont und warfen der Partei ihren „übertriebenen Internationalismus" vor. Auf dem Pariser Parteitag kam von dieser Seite das gefährliche Wort, dass die Internationale nur „ein Rat der Gespenster" sei. Jetzt wenden sich die Vertreter dieses „nationalen Sozialismus" in der französischen Partei eben an diese Internationale. Wie dem auch sei, dieser Appell bedeutete, dass die Rechte bereit ist, die Internationale als die höchste Instanz

in den Fragen der Politik und der inneren Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Parteien anzuerkennen. Die Anerkennung der Souveränität, der Schiedsrichterstellung der Internationale ist mit der Theorie eines „nationalen Sozialismus" kaum zu vereinbaren, aber es war allerdings eine heilsame Inkonsequenz. Marquet und Renaudel wenden sich an Vandervelde und Adler, die beide auf der Pariser Konferenz der Internationale die Theorien der französischen Rechten ausdrücklich ablehnten.

Von dem Augenblick ab, wo die Rechte die Internationale als Schlichter anruft, ist in der französischen Partei nicht nur das Gespenst der Spaltung gebannt, sondern auch die Gefahr einer Absplitterung vorläufig beseitigt.

Der unbedingte und kompromisslose Wille der Massen zur Parteieinheit hat sich durchgesetzt. Die Auslöschung oder jedenfalls die Lokalisierung des Parteikonflikts ist für den französischen Sozialismus von grundsätzlicher historischer Bedeutung. Die jüngste Rebellion der Rechten ist aus der Parlamentsfraktion gekommen. In keiner sozialistischen Partei besitzt die Parlamentsfraktion eine so weitgehende, durch die Tradition geheiligte Selbständigkeit, wie in Frankreich. Jetzt hat auch in Frankreich der Parteikörper seine politische Oberhoheit gegenüber der parlamentarischen Vertretung durchgesetzt.

Die bürgerliche Rechte, die auf die Spaltung der französischen Sozialisten spekulierte, ist über diese Wandlung im Parteistreit sehr bestürzt. Herr Dekrillis, die schärfste Feder des französischen Antimarxismus, schreibt melancholisch von Marquet, u. Renaudels Gang nach Canossa. Und auch der Ministerpräsident Daladier, der Anfang September Sonderkonferenzen mit Marquet und Renaudel abhielt, sieht jetzt seine Hoffnungen dahinschwinden. Er hoffte im Falle der Spaltung 80 sozialistische Abgeordnete für sich gewinnen zu können und jetzt sind es nur 25, die hinter Marquet und Renaudel stehen. Wenn Daladier sozialistische Unterstützung erhalten will, so wird er sich an die Gesamtpartei, so wird er sich an Leon Blum wenden müssen.

Die ersten Reichstagsbrand-Lügen fallen

Warum sitzen Torgler und Bulgaren auf der Anglagebank? Einwandfreie Feststellung, dass Kommunisten und Sozialdemokraten nicht beteiligt sind. Der „ideale Verbrecher" van der Lubbe.

Am achten Tage der Reichsgerichtskomödie in Leipzig, an dem van der Lubbe die Brandstiftung im Reichstag „zugestanden" hat, um nichts weiter zu wissen, als „ja" gesagt zu haben, um sich dann auszuschweigen, fängt die Weltöffentlichkeit an, sich näher mit dem Reichstagsbrand zu beschäftigen. Die bisher vernommenen Zeugen konnten nichts Belastendes aussagen, vor allem konnte kein Zusammenhang der Brandstiftung mit den Kommunisten und Sozialdemokraten festgestellt werden, und bis zum heutigen Tage ist der Nachweis nicht erbracht, dass die Bulgaren und Torgler irgendwie mit van der Lubbe in Verbindung standen. Amtlich wurde nach dem Reichstagsbrand offiziell der Welt die Lüge unterbreitet, dass van der Lubbe der kommunistischen Partei angehört und dass die Sozialdemokraten eine Einheitsfront mit den Kommunisten zur Vollführung des Staatsstreichs bilden wollen. Nunmehr hat der Gang der Verhandlungen ergeben, dass van der Lubbe weder zu den Kommunisten u. noch weniger zu den Sozialdemokraten, irgendeine Verbindung hatte und trotzdem sind damals sofort die Zeitungsverbote und Versammlungsverbote gegen SPD und KPD erfolgt und bis heut nicht aufgehoben, obgleich es feststeht, dass die damaligen Regierungsorgane schamlos die ganze Welt belogen haben, lediglich zu dem Zweck, um von Hindenburg die Diktatur ausgeliefert zu erhalten, wogegen sich damals die Deutschnationalen und die Rechswehr wehrten. Gerade dieser Tatbestand zeigt sehr deutlich, dass nur die Nationalsozialisten und selbstverständlich die führenden Köpfe ein Interesse am Reichstagsbrand hatten und in ihren Kreisen die Urheber, heut mehr, denn je, zu suchen sind.

Nach früheren Berichten waren umfassende Vorbereitungen zu dem Brand erforderlich, man sprach von mindestens 5 Stunden, und jetzt verlas der Vorsitzende einen Bericht, wonach van der Lubbe dieses tüchtige Werk in knapp 20 Minuten vollführt hat, denn erst gegen 8 Uhr will er sich in den Reichstag, der Fassade entlang, eingeschlichen haben, um 8 Uhr 30 Minuten war bereits die Feuerwehr da und doch hiess es damals, dass Torgler van der Lubbe in den Reichstag geschmuggelt hat. Wieder ist eine weitere faustdicke Lüge der amtlichen Berichterstattung zum Reichstagsbrand enthüllt und trotzdem wird die Komödie fortgesetzt. Den Ausspruch van der Lubbe's, „es waren wohl andere dabei", hat der Vorsitzende in der Freitagssitzung stillschweigend übergangen und der Amtszeuge, Untersuchungsrichter Vogt, hält es nicht für möglich, dass die Darstellung van der Lubbe's, die er zu Protokoll genommen hat, über den Reichstagsbrand, den Tatsachen entspricht. Es darf wohl die Frage erhoben werden: wer sind die anderen und was haben sie zu sagen.

Eines steht jedenfalls fest, die Hitlerregierung ist auf Grund einer Lüge und Täuschung des Volkes ans Ruder gekommen, weder die Kommunisten, noch die Sozialdemokraten und ebensowenig Torgler und die Bulgaren, haben mit dem Reichstagsbrand etwas zu tun, die Schuldigen sitzen ganz wo anders und hier sollte man in Leipzig keine Komödie spielen, sondern gegen die Führer der Hitler-Regierung das Verfahren einleiten!

Wenn Sozialdemokraten regieren!

Die schwedische Arbeiterregierung schafft Arbeit!

Die schwedische Arbeiterbewegung hat umfassende Massnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit getroffen. Auf Antrag der Regierung hat das Parlament beschlossen, einen besonderen Fonds von 100 Millionen Schwedenkronen zu errichten. Der ganze Fonds soll für öffentliche Arbeiten verwendet werden, die zu normalen, kollektivvertraglichen Lohnsätzen, ausgeführt werden. Zu diesem grossen Arbeitsbeschaffungsfonds kommen noch 55 Millionen für sogenannte Reserve-Reparaturarbeiten und 25 Millionen für **Barunterstützungen** an Arbeitslose. Mit der Summe von 100 Millionen können etwa 40.000 Arbeiter zehn Monate lang beschäftigt werden. Bei den sogenannten Reservearbeiten sollen 34 000 Arbeiter Beschäftigung finden. Die Arbeiter, die bei diesen öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden, sind dadruch geschützt, dass angeordnet wird, dass der Lohn so hoch sein muss wie der übliche niedrigste Lohn für ungelernte Arbeiter in den betreffenden Ortschaften.

Ausser diesem Arbeitsbeschaffungsfonds werden noch 75 Millionen Schwedenkronen für Förderung des Exports zur Verfügung gestellt. Von dieser energischen Arbeitsbeschaffungsaktion der schwedischen Arbeiterregierung erhofft man allgemein eine wesentliche Belebung der schwedischen Wirtschaft.

Nikolaus Osterroth tot!

Wie die „Freie Presse" in Amsterdamm berichtet, ist der bekannte Bergarbeiterführer und sozialdemokratische Parlamentarier **Nikolaus Osterroth** am 19. September in Werder an der Havel gestorben. Osterroth ist weitesten Kreisen der Arbeiterschaft durch seine Biographie „Vom Beter zum Kämpfer" bekannt geworden, die nicht nur seinen eigenen Lebenslauf, sondern auch ein gut Stück Geschichte der Bergarbeiterbewegung widergibt. Als vor 10 Jahren Otto Hue starb, schrieb er dessen Leben und Wirken in einem umfassenden Buche nieder. Jetzt ist er diesem, seinem Kampfgefährten gefolgt. Voller Trauer gedenken wir des toten Kameraden und seiner Verdienste um die deutsche Arbeiterschaft.

Oesterreichs Verfassungs-Plan

Provisorischer „Staatsrat" führt die Verfassungsreform durch. Ausschaltung der Parteien. Ein neues Wahlrecht.

Aus politischen Kreisen, die der Regierung Dollfuss nahestehen, verlautet, dass die Umrisse der neuen österreichischen Verfassung bereits sichergestellt sind. Darnach ist die Einrichtung eines Ständerats, eines Länderrats, eines verkleinerten Nationalrats und eines Staatsrats vorgesehen. In den Länderrat soll jedes Bundesland zwei Mitglieder entsenden, von denen einer der jeweilige Finanzreferent sein muss. Der Nationalrat soll aus 60 Mitgliedern bestehen, die auf Grund eines ganz neuen Wahlrechtes gewählt werden sollen, das Listenwahlrecht wird verschwinden und Einzelkreisen Platz machen. Das Wahlalter wird auf 30 Jahre heraufgesetzt und ein Mehrheitssystem geschaffen werden. Als Oberste Kammer wird ein aus 20 Mitgliedern bestehender, Staatsrat eingeführt, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie Persönlichkeiten aus der Wissenschaft, durch den Bundespräsidenten berufen werden, also ernannt und nicht gewählt.

Da diese Verfassung noch längere Zeit auf sich warten lassen wird, ist für die nächste Zeit bereits die Berufung eines vorläufigen Staatsrats in Aussicht genommen, der als beratendes Organ der Regierung gedacht ist und dem die geplanten Notverordnungen vorgelegt werden sollen. Dieser berufenen Körperschaft soll auch die Durchführung der Verfassungseform übertragen werden.

Arbeitslager als Diplomatenschule

Das Berliner Auswärtige Amt wird in diesen Tagen die, im Vorjahr einberufenen, Anwärter für hohe auswärtige Dienste zur weiteren Ausbildung zu verschiedenen Arbeitslagern in Ostpreussen zur Dienstleistung zuteilen. Das Auswärtige Amt will durch diese Massnahmen seinen Nachwuchs für den diplomatischen und Konsulardienst in ein lebendiges Verhältnis zu der deutschen Volksgemeinschaft und gleichzeitig in unmittelbare Berührung mit dem deutschen Osten bringen.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

1

Mein ganzes Leben bin ich mir anderer Zeiten, anderer Orte bewusst gewesen. Ich bin mir anderer Personen in mir selber bewusst gewesen. — Und glauben Sie mir, das müssen Sie, lieber Leser, auch sein. Denken Sie an Ihre Kindheit zurück, und Sie werden finden, dass das Gefühl dieses Bewusstseins mit zu den Erlebnissen Ihrer Kindheit gehört. Ihre Persönlichkeit war damals noch elastisch, hatte keine feste Form angenommen, sich nicht kristallisiert. Sie waren eine Seele im Werden, ein Bewusstsein und eine Wesenseinheit, im Begriff, sich zu formen und zu vergessen.

Sie haben vieles vergessen, lieber Leser, u. doch, wenn Sie diese Zeilen lesen, werden Sie sich vage der verschwommenen Vision anderer Zeiten und anderer Orte erinnern, die Ihre Kinderaugen erblickt haben. Jetzt erscheinen sie Ihnen wie Träume. Aber — wenn sie damals geträumte Träume waren — woher hätten Sie dann den Stoff dafür nehmen sollen? Unsere Träume sind grotesk zusammengesetzt aus den Dingen, die wir kennen. Selbst unserm einfachsten Traum liegt der Stoff unserer Erfahrung zugrunde. Als kleines Kind träumten Sie, dass Sie von grossen Höhen herabfielen, Sie träumten, dass Sie wie flugbegabte Wesen durch die Luft flögen; Sie wurden von kriechenden Spinnen und tausendfüssigen Geschöpfen des Schlammes gequält; Sie hörten andere Stimmen und sahen andere Schrecken, die Ihnen wohlbekannt erschienen, wie böse Träume es sein können; Sie sahen Sonnenauf- und -untergänge, anders als die, welche je gesehen zu haben Sie sich erinnern.

Schön. Diese kindlichen Visionen stammen aus andern Welten, von andern Existenzen, von Dingen, die Sie damals nicht kannten. Aber woher kamen sie? Was heisst „andere Welten"? Andere Existenzen? Ja, vielleicht werden Sie — wenn Sie gelesen haben, was ich schreibe — eine Antwort auf die Probleme wissen, die ich Ihnen gestellt habe und die Sie sich selbst stellten, ehe Sie mein Buch lasen.

Als wir neugeboren waren, erinnerten wir uns noch anderer Zeiten u. anderer Orte. Wir hilflosen Kinder, die auf dem Arm getragen wurden oder auf allen vieren wie Tiere über den Fussboden krochen, wir träumten unsere Träume von einem Flug durch die Luft. Ja, wir mussten die Qualen und Schrecken traumhafter, finsterer, grauenhafter Dinge erdulden. Uns Neugeborenen, Unerfahrenen, war die Furcht angeboren, wir kamen zur Welt mit der Erinnerung an Furcht und vergessen sie nicht: Erinnerung ist Erfahrung.

Was mich selbst betrifft, so wusste ich schon, ehe ich sprechen konnte, in dem zarten Alter, als ich vor Hunger und Schlaf wimmerte, dass ich ein Sternenwanderer gewesen war.

Im Alter von drei, vier u. fünf Jahren war ich noch nicht ich. Ich war nur ein Anfang, ein Strom von Leben, der noch nicht in der Gussform meines Fleisches, der Zeit und des Ortes erstarrt war. In dieser Periode kämpfte ja in mir noch alles, was ich in den Zehntausenden von Daseinsformen zuvor gewesen war, um sich in meinem Wesen zu verkörpern und Ich zu werden.

Verrückt, nicht wahr? Aber vergessen Sie nicht, lieber Leser, mit dem ich lange durch Zeit und Raum zu reisen hoffe — vergessen Sie nicht, dass ich ausserordentlich viel über alles dies nachgedacht habe, dass ich in blutigen Nächten, jahrelanger Finsternis und Einsamkeit Angesicht zu Angesicht mit der Erinnerung an meine vielen Existenzen stand. Ich bin durch die Hölle aller Existenzen gewandert, um alles das erzählen zu können, was Sie jetzt mit mir teilen sollen, wenn Sie in einer müssigen Stunde lesen, was ich schrieb.

Ich wiederhole also, im Alter von drei, vier und fünf Jahren war ich noch nicht ich. Ich war damals, als ich in diesen Körper geformt wurde, erst im Werden begriffen, und die ganze mächtige, unausrottbare Vergangenheit wand sich in der gärenden Mischung meines Wesens, um zu entscheiden, was das Ergebnis dieses Werdens sein sollte. Es war nicht meine Stimme, die des Nachts in Schrecken vor unbekannten Dingen schrie, die ich wahrlich weder kannte noch kennen konnte. Und ebenso war es mit meinem kindlichen Zorn, meiner Liebe, meinen Freunden. Es waren andere Stimmen, die schrien, wenn ich schrie — Stimmen, die Männern und Frauen früherer Zeiten, dem ganzen Schattenheer meiner Vorfahren, angehörten. Und in meinem Wutgeheul tönte das wilde Tier, das älter ist als die Welt, die wir kennen — und wenn ich in der blinden, hysterischen Sinnlosigkeit meines Kinderzorns Blut sah, war meine Stimme abgestimmt auf das seelenlose, stupide Tiergebrüll vom Beginn der Zeiten. (Fortssetzung folgt).

Polnisch-Schlesien

Wir sind Sozialisten!?

Sozialismus ist wieder grosse Mode geworden. An Versammlungen der Jungdeutschen kann man zuweilen die Betonung wahrnehmen, wir bekennen uns zum Sozialismus, wir sind Sozialisten! Dass man hierbei zur Gemeinschaft strebt, ist eine selbstverständliche Sache, denn Sozialismus ist nur in der Volksgemeinschaft möglich. Aber man übersieht die Kleinigkeit, dass es Sozialismus unter Beibehaltung des Privateigentums nicht geben kann und um Sozialist in der Auffassung der Jungdeutschen sein zu können, muss man das Privateigentum achten und den bisherigen Besitzern belassen. Und eben das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist es, welches die Unterschiede zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten schafft. Solange also die Jungdeutschen den Privatbesitz, das Heiligtum der herrschenden Klassen, schützen wollen, muss man sie zu den Sozialisten zählen, die eben die Massen unter sozialistischen Phrasen zur weiteren Ausbeutung verurteilen wollen. Aber eines hat dieses Bekenntnis zum Sozialismus für sich, sie geben zu, dass die kapitalistische Ausbeutung schuld an unserem heutigen Uebel ist, und das ist im Sinne der bisherigen Auffassung des Bürgertums immerhin ein Fortschritt, den es festzustellen gilt.

Huh! Was waren doch noch vor Jahren diese Sozialisten für eine Ausgeburt der heutigen Weltordnung. Pfarrer und Polizei mussten herhalten, um die bösen Geister zu bannen, und den Agitatoren half man nicht nur mit Weihwasser nach, sondern schüttete ihnen zuweilen einen Eimer Wasser ganz anderen Odeurs nach. Heute ist man wieder, wie um November 1918, salonfähig, zum Sozialismus ziehen alle, wollen Sozialisten werden. Und gerade die überragenden Phrasendrescher des deutschen Patriotismus nehmen den Mund recht voll, ob des Sozialismus, der das deutsche Volk erlösen soll. Natürlich im Gegensatz zum Marxismus und der Internationale, aber immer wird betont, als Feind der Kapitalisten, besonders der deutschen, die sich so sehr am deutschen Arbeiter versündigt haben. Auch hier wieder ein Fortschritt, denn die gleichen Jungdeutschen konnten bis zur gewaltigen Krise nicht genug Kotaus vor den deutschen Arbeitgebern machen, waren gegen uns Marxisten, ihre treuesten Bundesgenossen. Nachdem sich die Vertreter des deutschen Kapitals um des Gewinnes wegen an den polnischen Bundesgenossen heranpürschten, tausende deutsche Arbeiter brotlos sind, entdeckten erst die Jungdeutschen und ihre geistesverwandten Greise, dass da etwas nicht stimmt, und mit einem Schlage erkannten sie den Weg zum Sozialismus.

Auch dieser Reklamesoizalismus wird ihnen bald vergehen, denn mit dem nationalen Sozialismus ist, gegenüber dem internationalen Kapitalismus, kein Staat zu machen. Aber sie impfen der deutschen Jugend den Bazillus Sozialismus ein, zeigen, dass der Todfeind der Arbeiterklasse und damit auch der arbeitslosen Jugend, die heutige Wirtschaftsordnung, der Kapitalismus, ist. Sie werden zwangsläufig erkennen, dass sie mit der nationalen Begeisterung zur Volksgemeinschaft genau so betrogen wurden, wie bisher mit der Phrase von der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital. Dann ist der Weg frei für sie zu Klassenkämpfern, vom nationalen Sozialismus zum Marxismus, dann erst werden sie Sozialisten, unsere Bundesgenossen, im Kampf um eine bessere Zukunft, um die Befreiung aller Menschen. Freilich, die Enttäuschung wird ihnen nicht erspart, dass sie erst einmal Sozialisten werden müssen, um frei und national gefestigt dazustehen!

Das Urteil gegen den Prinzen von Pless bestätigt

Vor dem Bezirksgericht in Kattowitz fand am Dienstag in zweiter Instanz der Prozess gegen den Prinzen von Pless und gegen den bereits aus der Plesschen Verwaltung ausgeschiedenen Syndikus Dr. Groll statt. Beiden Angeklagten war vorgeworfen worden, auf dem Posten des Brauereidirektors in Tichau einen Danziger Staatsbürger beschäftigt und dadurch gegen das Gesetz über die Beschäftigung von Ausländern verstossen zu haben. Die beiden Angeklagten waren nicht erschienen. Nach kurzer Verhandlungsdauer bestätigte das Gericht das Urteil der ersten Instanz, wonach der Prinz von Pless zu drei Wochen Gefängnis und Dr. Groll zu 5000 Złoty Geldstrafe verurteilt worden waren.

In der Urteilsbegründung erklärte der Richter, dass die gesetzmässige Höchststrafe 10000 Złoty betrage, bei den Vermögensverhältnissen des Prinzen aber auf Haftstrafe hätte erkannt werden müssen, da selbst die höchste Geldstrafe für den Prinzen keine Bestrafung bedeute. Der Verteidiger hatte darauf hingewiesen, dass das zwischen Danzig und Polen bestehende Abkommen die Anstellung eines Danziger Staatsangehörigen in anderem Lichte erscheinen lasse als die eines anderen Ausländers und eine besondere Genehmigung durch die Woiwodschaft nicht notwendig gewesen sei.

Von der Verteidigung wurde gegen das Urteil Kassation angemeldet.

Aufstieg oder Verfall?

Verfehlte Hoffnungen — Kapitalistische Rettungsversuche — Aufgabe der Arbeiterklasse

Wieder einmal versucht die bürgerliche Presse, einen Fortschritt im Wirtschaftsleben festzustellen. Bei den Beratungen des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes ist eine Steigerung der Welterzeugung um 30 Prozent verzeichnet worden und gleichzeitig will man eine Senkung der Arbeitslosenziffern feststellen. Zwar weiss jeder, dass die amtlichen Statistiken im Interesse der Währung frisiert werden, aber man klammert sich an die geringste Hoffnung, in der Meinung, dass es wieder besser gehen wird. Der Arbeitslose und die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, wird sich kaum von diesen Illusionen täuschen lassen. Solange die kapitalistische Wirtschaftsweise besteht, sind die Hoffnungen auf eine Gesamtbesserung aussergewöhnlich gering. Gewiss ist die Welterzeugung in den letzten Monaten gestiegen, aber nicht deshalb, weil eine Verminderung der Krise eingetreten ist, sondern, weil vorübergehend die angehäuften Produktionsmittel aufgebraucht wurden und die Läger einer Auffrischung bedürfen, teilweise auch international ein Rüstungswettstreit eingetreten ist, der für Rohprodukte einen grösseren Bedarf herbeigeführt hat, und damit sind nicht nur die Preise, sondern zum Teil auch die Lieferungen gestiegen. Wieweit dies auf die Arbeitslosigkeit einen Einfluss ausübte, wird erst dann zu übersehen sein, wenn wir die neuen Zahlen erfahren, die sich aus dem Abschluss der Saisonarbeiten ergeben werden. Nichts wäre gefährlicher, als anzunehmen, dass wir den Höhepunkt der Krise überschritten hätten und nunmehr ein Wirtschaftsaufschwung zu erwarten wäre.

Ein Blick in die bürgerliche Presse zeigt den ganzen Jammer der kapitalistischen Welt. Man spricht zwar von der Not und dem wachsenden Elend, wagt aber nicht, auf die wirklichen Ursachen hinzudeuten. Es bleibt schon ein altes Sprichwort wahr, welches da besagt: Hat der Bauer kein Geld, so fehlt es auch der Welt. Auf unsere Industrie ausgedehnt, vollzieht sich das gleiche Exempel, indem die Arbeitslosigkeit den Konsum der breiten Massen vermindert und sich auf alle auswirkt, seien sie nun Hauswirte oder Kaufleute, Aerzte oder Gewerbetreibende, der ganze Mittelstand, gleichviel, welcher Art seine Einwirkung auf das Wirtschaftsleben ist, wird eben dadurch betroffen, dass der Arbeiterklasse das Einkommen fehlt und so eine immer schärfere Krise auf allen Gebieten herbeigeführt wird. Und dennoch könnte manches anders sein, wenn in die Wirtschaft selbst eine Planung eingeführt wäre und nicht zuletzt hinsichtlich der Einkommen, die auf der einen Seite Riesenbeträge erreichen, während in den breiten Massen mit Einkommen gerechnet wird, die kaum eine Hungerexistenz gewähren. Hier ist der Fluch der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die in dem Augenblick aufhört, wo das investierte Kapital nicht mehr die erforderlichen Gewinne trägt. Mit vollem Recht fordern daher die Arbeiter, die Sozialisierung der Betriebe, die Einführung einer Planwirtschaft, die gerade in den Zeiten der Not, jedem eine halbwegs sorgenfreie Existenz sichern soll.

Seit Monaten kündigt man zum Beispiel eine schärfere Kontrolle der Industrie an. Wie es zum Teil bei den Monopolen zugeht, das haben wir an den Einkommen in der Zuckerindustrie bewiesen, nur an einem Beispiel, und selbst die Regierung hat sich vor einigen Tagen veranlasst gesehen, das Cementkartell aufzulösen, weil die Wirtschaft direkt im staatsfeindlichen Sinne, gegenüber der Gesamtwirtschaft, betrieben worden ist. Und wie in den zwei erwähnten Industriezweigen, geht es fast in der gesamten Industrie zu, nicht zuletzt auch beim Grossgrundbesitz. Die Kosten trägt der Staat und insgesamt am schärfsten die Arbeiterklasse, der man in der verschiedensten Form die Lasten auferlegt. Deshalb muss es auch Aufgabe der Arbeiterklasse sein, die Vorgänge in der Wirtschaft mehr zu beachten und sich dagegen zur Wehr zu setzen, dass die Lasten einseitig auf die Schultern der Arbeiterklasse abgewälzt werden. Darum auch die dauernde Forderung nach Verstaatlichung der Betriebe, Sozialisierung der Banken und Kontrolle derjenigen Wirtschaftszweige, die noch für die Verstaatlichung nicht reif sind. Hier muss die Arbeiterklasse Vorkämpfer sein, wenn wirklich einmal eine Besserung der Gesamtlage und damit auch eine Beseitigung der Wirtschaftskrise, eintreten soll. Die so hoffnungsvollen Scheintendenzen des Wirtschaftsaufschwungs sind Täuschungsmanöver, um die Arbeiterklasse durch falsche Illusionen von ihrem eigentlichen Kampf gegen den Kapitalismus aufzuhalten. Es gibt nur eine Behebung der Wirtschaftsnot und einen Ausweg aus der Krise, das ist die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die Handelskammer gegen neue Steuern

Das Finanzministerium hat der Industrie- und Handelskammer Projekte über Verordnungen des Staatspräsidenten in Sachen der staatlichen Schlachthaussteuer sowie eines 10-prozentigen Zuschlags zu der Boden- und Gewerbesteuer übersandt. Die Kammer hat hierzu erklärt, dass die Zeit jetzt nicht geeignet wäre, neue Steuerlasten einzuführen. Gleichzeitig hat sie bemerkt, dass der Zuschlag zu der staatlichen Gewerbesteuer auch von Unternehmern der 6. Kategorie der Gewerbescheine erhoben werden müsste, die eine beträchtliche Gruppe der Zahler gerade dieser Gewerbesteuer darstellen. Im Zusammenhang damit müsste die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, den projektierten Zuschlag zu der Gewerbesteuer herabzusetzen und die neue Belastung zu mildern, was besonders bei der Eintreibung dieser Steuer im letzten Vierteljahr des l. J., das ist vor der Herabsetzung der Umsatzsteuer, sehr wichtig wäre.

Dürfen Kranke zur Arbeit herangezogen werden?

Vor dem Bezirksgericht in Lemberg fand dieser Tage ein Prozess statt, deren Ausgang grundsätzliche Bedeutung hat. Angeklagt war der Strassenbahnangestellte Holzmann, weil er eine Krankenkassenunterstützung bezog und gleichzeitig in seinem Beruf weiter arbeitete. Der Verteidiger des Angeklagten vertrat den Standpunkt, dass für die Krankenkasse das Gutachten ihres Vertrauensarztes massgebend sein müsse, dass, falls es die Arbeitsunfähigkeit des Krankenkassenmitgliedes feststellt, ihm das Recht zum Anspruch auf die Unterstützung gibt. Ob dann das Mitglied arbeitet oder nicht, ist gleichgültig und das umsomehr, als die Strassenbahnen ihren Angestellten das Gehalt weiter auszahlen, wenn der Angestellte erkrankt. Zweifellos verlängert das Arbeiten eines nicht Gesunden die Unterstützungsfrist der Krankenkasse, aber diese Tatsache kann die Krankenkasse nur berechtigen, die Rückzahlung der Unterstützung für die Zeit zu verlangen, die der Patient länger krank gewesen ist, als es der Fall gewesen wäre, wenn er nicht gearbeitet hätte. In keinem Falle kann der Angeklagte wegen Betruges angeklagt werden. **Das Gericht schloss sich der Ansicht des Verteidigers an und sprach den Angeklagten frei.**

Deutsche Theatergemeinde

Am Freitag, den 6. Oktober abends 19½ Uhr gelangt im Abonnement B (graue Karte) „Tannhäuser“, die grosse Oper von Richard Wagner zur Aufführung.

Mit dieser Oper stellt sich das neue Opernpersonal vor. Die Regie führt Dr. W. Müller, während die musikalische Leitung in den Händen von Kapellmeister Erich Peter liegt.

Karten sind an der Kasse des deutschen Theaters zu haben. Tel. 1647.

Nur teilweise Stillegung der „Wirek“-Grube

Nach langen Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Betriebes der Wirek-Grube, ist es jetzt zwischen Verwaltung und Behörden zu einer Einigung gekommen. Wie es heisst, wird die Wirek-Grube nur teilweise stillgelegt, während 300 Leute noch weiter beschäftigt werden, wird der Rest von 200 Arbeitern nach dem Hildebrandschacht versetzt, sodass diesmal eine Reduzierung der Belegschaft verhindert wurde. Wie es heisst, setzen die Behörden alles in Bewegung, um eine Stillegung des Bergwerks zu verhindern, da die bisherigen Erfahrungen erwiesen haben, dass die Verwaltungen mit der Schliessung des Betriebes, zugleich Abbruch betreiben und Gruben, die einmal eingestellt sind, nicht wieder in Betrieb kommen, obgleich den Behörden versichert wird, dass es sich nur um vorübergehende Betriebsstillegung handelt.

Aus Gross-Kattowitz

Bau der Verbindungsstrasse Kattowitz-Brynow. Vor einigen Tagen wurde mit den Ausbauarbeiten der neuprojektierten Zufahrtstrasse zwischen der Altstadt Kattowitz und dem Ortsteil Brynow begonnen. Gegenwärtig geht man an die Erweiterung des bisherigen Fussweges (verlängerte ulica Kościuszki) und zwar von der früheren Beatehöhe bis zum Brynower Dominium heran. Für diesen Zweck ist das rechte Wald- und Feldterrain in einer Breite von 2 Metern vorgesehen. Die Erd- und Planierungsarbeiten, welche durch mehrere Arbeitslose ausgeführt werden, schreiten rüstig vorwärts. Der Fahrdamm und der Bürgersteig werden mit Kleinpflaster ausgelegt. Noch in diesem Jahre soll mit der Abtragung der ehemaligen Beatehöhe im Park Kościuszki begonnen werden, um so eine Ausgradung der Zufahrtstrasse zu ermöglichen.

„Die rote Fahne auf dem Kattowitzer Stadttheater“

Vor längerer Zeit berichteten wir unter dieser Ueberschrift über einen Kommunistenprozess, der vor dem Kattowitzer Landgericht angesetzt war, jedoch auf einen anderen Zeitpunkt vertagt wurde. In diesem Prozessbericht war auch die Rede von dem Eisenbahner Franz Pluder aus Kattowitz und seiner Ehefrau Emma. In der Hauptverhandlung sah sich das Gericht veranlasst, die Eheleute freizusprechen, da keinerlei Gründe für eine Verurteilung vorlagen. Wir geben diesen Tatsachenbestand hiermit auf Wunsch der Eheleute Pluder und zwar nach erfolgter Einsicht in die Gerichtsakten, bekannt.

Königshütte und Umgebung

Weitere Kündigungen, Entlassungen und turnusmässige Beurlaubungen

Die zur „Mode“ gewordenen Kündigungen, Entlassungen und turnusmässige Beurlaubungen der

Arbeitnehmer, scheinen noch lange nicht zum Stillstand zu kommen. So hat die **Verwaltung Königshütte** zum 1. Oktober erneut 360 Mann in den verschiedenen Betrieben gekündigt, nachdem 80 Mann entlassen worden sind. Ferner wurden 30 Beamten der Königshütte zum 1. Oktober Kündigungen zugestellt. Darunter gibt es so wie bei der Arbeiterschaft solche, die alt und grau geworden sind und auf eine 40jährige Dienstzeit zurückblicken können. Gegen diese Kündigungen soll an massgebender Stelle schärfster Protest eingelegt werden, weil vielfach solche Beamte entlassen werden sollen, wo die Büros weiter bestehen bleiben.

In der Werkstättenverwaltung wurden am 1. Oktober wiederum 230 Mann turnusmässig beurlaubt, was einer Entlassung gleich kommt, weil sich die in Frage kommenden Leute als arbeitslos im Arbeitslosenamt melden müssen, wenn sie die monatliche staatliche Unterstützung erhalten wollen.

Verlegung von Büros nach Kattowitz. Am 1. Oktober wurden verschiedene Büros, die sich jahrelang im Hüttenamt an der ulica Moniuszki befanden, nach der Generaldirektion in Kattowitz verlegt. Die Beamten dieser Büros müssen gleichfalls ihren Dienst in Kattowitz verrichten, wo sie durch die Einlösung der Monatsfahrkarte, die an die 25 Złoty kostet, geschädigt werden.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass viele Kattowitz ihren bisherigen Wohnsitz nach dorthin verlegen werden. Die Stadt Königshütte täte auch einen Verlust davon tragen, indem sie verschiedener Steuerzahler verlustig gehen würde.

Ein frecher Raubüberfall. An der ulica Lukaszczyka 4 wurde ein frecher Raubüberfall verübt. Die Ehefrau des Kaufmanns Lipinski war aus dem Geschäft auf dem Nachhausewege. Als sie die Hauseinfahrt betreten wollte, sprang ein Mann heraus, schlug sie mit einem harten Gegenstand auf den Kopf und entriss ihr eine Handtasche, in der sich 100 Złoty befanden. Einen anderen Betrag von 800 Złoty liess der Dieb der Frau zurück. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen wurde seitens der Polizei eine Verfolgung aufgenommen, doch konnte der Täter nicht mehr festgenommen werden.

Deutsches Theater Königshütte.

Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, Eröffnungsvorstellung der Operette mit „Liselott von der Pfalz" von Kühneke. Die Eintrittspreise sind gegen das vorige Jahr bedeutend herabgesetzt worden. Erwerbslose erhalten gegen Ausweis einen Stehplatz für 49 Groschen. Am Sonntag, den 8. Oktober um 20 Uhr wird die Operette wiederholt. Vorverkauf an der Theaterkasse von 10 bis 12,30 und 16.30 bis 18.30 Uhr. Tel. 150. — Werdet Mitglieder und zeichnet das Abonnement!

Siemianowitz und Umgebung

Es wird weiter gekündigt. Von den auf Ficinusschacht und Richterschächte gekündigten 61 Angestellten haben am 1. Oktober 54 Mann ihre Entlassungen erhalten. Sieben der gekündigten Angestellten wurden bei der Konferenz mit dem Demobilmachungskommissar zurückgestellt. Desgleichen sind auf Antrag des Angestelltenrates verschiedene verheiratete Leute gegen Ledige ausgetauscht worden, sodass die grössten Härten bei der Entlassung ausgemerzt wurden. Trotzdem sind unter den Entlassenen meistens Angehörige der deutschen Minderheit und nur ein verschwindend kleiner Teil polnisch.

Den sieben vom Demo nicht genehmigten Entlassungskandidaten, unter denen sich drei Schwerbeschädigte befinden, wurde seitens der Verwaltung am 1. Oktober wiederum die Kündigung zum zweiten Male zugestellt, sodass für diese der Kampf um die Existenz weiter geht.

In der Laurahütte sind gleichfalls einigen Angestellten und Beamten am 1. Oktober bei der Gehaltszahlung die blauen Briefe ausgehändigt worden. Es handelt sich um vier deutschgesinnte Leute, welche beabsichtigen, die Kündigung als ungerecht anzufechten.

Auf der Maxgrube sind siebzehn Angestellte am 1. Oktober abgebaut worden und es wurden am gleichen Tage wiederum eine grössere Zahl von Kündigungen ausgesprochen.

Somit geht die Abbauwelle ungehindert weiter.

Ficinus wird ab 1. Januar nächsten Jahres abmontiert. Die Uebertageanlage von der stillgelegten Grube soll ab 1. Januar ähnlich wie die Knoffschachtanlage abmontiert, d. h. in Schrott umgewandelt werden, ein Zeichen, dass eine Wiederinbetriebsetzung nicht mehr in Frage kommt.

Im Verfolg dieser Aktion wird eine Reorganisation im hiesigen Grubenbetriebe vorgenommen. Weiter ausgebaut soll der Baingówschacht werden, welcher ein Zechenhaus und ein grosses Badehaus erhält. Richterschacht wird mit Ficinus untertage durch Querschläge verbunden, so die 206 m Sohle, welche schon mit einer Abteilung von 120 Mann belegt ist. Im nächsten Jahre soll auf die gleiche Art die 320 m Sohle erschlossen werden und mit einer Belegschaft von 500 Mann arbeiten. Mann muss sich nur über die Ziellosigkeit unserer grossen Industrieköpfe wundern, welche ungeheure Summen für technische Neuerungen und Bauten verschwenden und diese Neubauten dann, noch bevor sie im Betrieb sind, zum Abbruch freigeben. Wenn solches im kleinen Masstab ein Arbeiter tun sollte, dann fliegt er sofort auf die Strasse, bei den Wirtschaftsführerenn heisst dieser Idiotismus Genie.

ROTER SPORT

Freie Turner Kattowitz — A. T. V. Laurahütte 5:1 (2:0)

Ein unerwarteter Erfolg der Kattowitzer Freien Turner. Beide Mannschaften traten mit Ersatz an, wobei betont werden soll, dass die Kattowitzer Ersatzleute sich vollauf bewährten. Der Laurahütter Ortsmeister und Pokalsieger konnte diese Niederlage „nicht lesen" und liess seinen Unmut in unflätigster Weise am Schiedsrichter aus, dadurch einen höchst blamablen Eindruck hinterlassend. Sechs Minuten vor regulärem Spielschluss bedrohte ein Laurahütter den Unparteiischen tätlich, worauf derselbe den Beiselhelden vom Platze verwies. Dieser Anordnung wurde nicht Folge geleistet, weshalb das Spiel ein irreguläres Ende nahm. In glänzender Verfassung befand sich die Kattowitzer Stürmerreihe, die durch fabelhaftes Zusammenspiel die starke Laurahütter Deckung aufriss und so zu den Erfolgen kommen konnte.

Die Kattowitzer Reserve musste durch eine ganz unmögliche Blüte von Schiedsrichter eine 2:0 — Niederlage hinnehmen. Dieser Herr, Kolodziej ist sein Name, pfiff jede Handlung vor dem Laurahütter Tor ab, entschied Freiwurf für die eigene Mannschaft und erkannte anderseits ein klares Abseitstor an.

Im Spiel der Jugendmannschaften kamen die Laurahütter zu einem verdienten 2:1 — Sieg, da sich die Umstellung in der Kattowitzer Mannschaft nicht bewähte. Ausserdem spielte der Sturm sehr zerfahren uud konnte keine geschlossenen Aktion vortragen.

RKS. Bismarckhütte — RKS. Czarni Neudorf 1:0 (1:0)

Die Bismarckhütter haben den Meister schon sicher und strengen sich nicht mehr sonderlich an. Sie zeigten wohl teilweise Fussballkunststücke, waren technisch immer tonangebend, aber den Kampf lieferte eigentlich die unterlegene Mannschaft, an der sich noch so mancher Gegner die Zähne ausbeissen wird. Das einzige Tor des Tages fiel in der 28. Minute durch Sonntag. Schiedsrichter Morgalla, Janow, leitete zufriedenstellend.

RKS. Jedność Zalenze — I. RKS. Kattowitz 4:1 (1:0)

Die Kattowitzer verzichteten von vornherein auf die Punkte, da sie mit ihrer aufgefrischten Mannschaft antraten, in welcher sich einige Spieler ohne den vorgeschriebenen Legitimationen befanden. Aus dem Freundschaftspiel gingen die Zalenzer mit genanntem Resultat als Sieger hervor. Der I. RKS. hatte mehrfach Gelegenheit zur Resultatverbesserung, doch auch die Zalenzer Stürmer verpassten so manche „richtige Angelegenheit". Dem Schiedsrichter unterliefen wohl einige Fehlentscheidungen, doch muss ein Spieler, der des Platzes verwiesen wird, auch unbedingt der Aufforderung Folge leisten, was Kafka vom I. RKS. als alter Sportler doch eigentlich wissen müsste.

Fr. Turner Königshütte — MTV. Myslowitz 3:4

Mit nur 10 Maun spielend, mussten die Königshütter sich nach zum teil besseren Leistungen knapp geschlagen bekennen. Das Spiel wurde hart und erbittert durchgeführt und hätte ebenso gut mit einem Sieg der Königshütter enden können. Winterstein vom MTV. Myslowitz, der sonst ein ganz annehmbarer Schiedsrichter ist, mal einige Entscheidungen zuungunsten des Gegners ausfielen.

RKS. Wolność Zalenzerhalde — RKS. Chorzow 3:2 abgebr.

Nachdem die Zalenzer den Führungstreffer erzielt hatten, brach ein Vorstandsmitglied aus Chorzow den Kampf 10 Minuten nach dem Wechsel ab, da er sich mit einigen Entscheidungen des Schiedsrichters nicht einverstanden erklären konnte. Auch hier wurde mit Einsatz aller Körperkraft um den Sieg gekämpft, der unter normalen Umständen den Zalenzern nicht zu nehmen gewesen wäre.

Die Reservemannschaften lieferten sich eine sehr einseitige Partie denn Wolność gewann sicher 3:0.

VERSAMMLUNGS-KALENDER

Bergbau - Industriearbeiter - Verband.

Königshütte. Die Generalversammlung findet am Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 9 ½ Uhr, im Volkshaus statt. Wichtige Tagesordnung. Kamerad Hermann referiert über das deutsch - polnische Sozialabkommen.

Vorstandssitzung der D. S. A. P.

Königshütte. Am Freitag, den 6. Oktober, nachmittags 17 Uhr findet im Metallarbeiterbüro des Volkshauses eine Sitzung des Vorstandes der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei statt. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Königshütte. (Volks - Chor Vorwärts.) Donerstag, den 5. Oktober Mitgliederversammlung um 7 ½ Uhr.

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Jugend - Versammlung.

Am Freitag, den 6. Oktober ½ 8 Uhr abends findet im Volkshaus eine Jugendversammlung statt.

Die jungen Mitglieder der Bruderorganisationen werden aufgefordert zu erscheinen. Referent Gen. Kowoll.

Bielitz, Biala und Umgebung

Der übergeschnappte Nationalismus

Neben der „Beskidenländischen Deutschen Zeitung" dürstet auch die in Bielitz erscheinende „Zjednoczenie" nach dem traurigen Ruhm die nationalen Leidenschaften fortwährend aufzupeitschen. Während die Beskidenländische fortwährend nur von deutschem Volkstum und deutschen Belangen herumfaselt, hat wieder die „Zjednoczenie" keine anderen Schmerzen als darüber zu wachen, ob nicht irgend wo eine deutsche Aufschrift zu erspähen ist. Wird irgendwo eine solche entdeckt, dann möchte sie den ganzen Staatsaparat mobil machen, um ein solches Staatsverbrechen bald verschwinden zu lassen.

In der letzten Sonntagsnummer vom 1. Oktober d. J. regt sich die „Zjednoczenie" wieder furchtbar über den Verband der Industrie- und Privatangestellten von Bielitz auf! Was hat denn dieser Verband verbrochen, dass er die „Zjednoczenie" in Harnisch gebracht hat? Nun, das Verbrechen besteht nach der Ansicht der „Zjednoczenie" darin, dass genannter Verband sich „Verband der Industrie- und Privatangestellten" „Ostschlesiens" nennt. Die „Zjednoczenie" heisst das eine provokatorische Benennung und frägt an, wo es in Polen ein Ostschlesien gibt!? Jeder unvoreingenommene Leser muss ganz erstaunt fragen, wo da eine Provokation liegt? Aber die deutschen, sowie die polnischen Nationalisten hören sogar die Fliegen husten und die Hintermänner der „Zjednoczenie" sehen darin sogar ein Staatsgefährliches Moment. Der arme Redakteur kombiniert aus dieser harmlosen Benennung, dass damit dokumentiert werden kann, Polnisch Schlesien strebe eine Vereinigung mit dem bei Deutschland verbliebenen Teile Schlesiens an. Abgesehen davon, dass sich nach dem Hitlerdeutschland niemand sehnt, ist es doppelt lächerlich dem Industrie- und Privatbeamtenverband solche verschrobene Ideen unterzuschieben. Nach der Argumentation der „Zjednoczenie" zu schliessen, dürfte der Verband der Industrie- und Privatangestellten vielleicht auch nach dem Westen zur Tschechoslowakei liebäugeln, denn dort ist auch ein grosser Teil Schlesiens, der sogar mit Ostschlesien ein Kronland bildete!

Zu solchen Ansichten kann nur ein fanatischer Nationalist kommen, dem die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung völlig fremd sind. Die massgebenden Faktoren täten gut daran, dem übereifrigen Nationalistischen Redakteur von der „Zjednoczenie" einen gehörigen Dämpfer aufzusetzen und ihm auch tüchitge Scheuklappen anzumachen, damit er bei hellichtem Tage nicht lauter Gespenster sieht.

Todesfall. Im 59-sten Lebensjahr starb in Bielitz am Sonntag nachmittag nach längerem Krankenlager der allseits bekannte Zeitungsverschleisser Alois Springer. Letzthin führte der Verstorbene den Zeitungsverschleiss in der Sparkassepassage.

Spielplan des Stadttheaters. Mittwoch, den 4. Oktober 8 Uhr abends in Serie blau „Peer Gynt", ein dramatisches Gedicht von Henryk Ibsen, Musik von Edward Grieg.

Alexanderfeld. (Für die Naturfreunde.) Mittwoch den 4. Oktober l. J. findet um ½8 Uhr abends im Arbeiterheim Alexanderfeld die fällige Vorstandssitzung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert bestimmtes Erscheinen.

Bei der Arbeit verunglückt. Der bei den Strassenarbeiten an der verlängerten 3. Maistrasse beschäftigte Franz Sobanski, 29 Jahre alt erlitt am Samstag schwere innere Verletzungen sowie Risswunden am Kopf. S. war neben einem aufgestapeltem Steinstoss beschäftigt als dieser zusammbrach und S. unter die Steine zu liegen kam. Die Rettungsabteilung ünerführte den Verletzten in das Bielitzer Spital.

Im Streite schwer verletzt. Das bei dem Ludwig Friedel in Kamitz beschäftigte Dienstmädchen sollte am Samstag ihren Posten verlassen. Der Dienstgeber wollte ihr jedoch die Papiere nicht ausfolgen. Der Bräutigam ein gewisser Pawellek Johann aus Alt Wilkowice intervenierte nun ebenfalls in dieser Angelegenheit bei dem Dienstgeber. Die Beiden gerieten in einen Streit in deren Verlaufe Friedel eine Fussbodenbürste nahm und dem Pawellek eine schwere Kopfwunde zufügte. Der Verletzte musste in das Bielitzer Spital überführt werden.

Wem gehören die Sachen? Der Polizeiposten in Czechowitz hat eine Menge verschiedener Gegenstände, die wahrscheinlich aus Diebstählen herrühren, beschlagnahmt. Darunter befinden sich Leib- und Tischwäsche, „O. W." oder „O. M." und „W. N." gezeichnet. Die rechtmässigen Eigentümer mögen sich bei dem nächsten Polizeiposten melden. Die beschlagnahmten Gegenstände können beim Polizeiposten in Czechowitz besichtigt werden. — Desgleichen hat die Dziedzitzer Polizei mehrere Anzüge usw. beschlagnahmt, von denen auch angenommen wird, dass sie Diebesgut sind. Diese, von der Dziedzitzer Polizei beschlagnahmten Gegenstände, können beim Polizeiposten in Dziedzitz besichtigt werden. — Beim Bielitzer Kommissariat erliegt ein brauner Sportanzug mit kurzer und langer Hose, gleichfalls wahrscheinlich Diebesgut. Die Besichtigung desselben ist während der Amtsstunden möglich.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, beide in Katowice, Dworcowa 11. Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp. udz., Katowice